



NIEDERSCHRIFT

über die 41. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 13.11.2018,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:39



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Georg Schmalz

Michael Schreiner

SPD

Dr. Christine Altstötter-Gleich

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Prof. Dr. Hannes Kopf ab 18.05 Uhr TOP 2 ö.S.

Rolf Kost

Florian Maier

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

bis 20.27 Uhr

TOP 20 ö.S.

AfD

Jürgen Sauer

bis 20.00 Uhr

TOP 20 ö.S.

FDP

Jochen Silbernagel



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Falk Pfersdorf

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Rolf Morio



SPD

Judith Neumann

Michael Scheid

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc

FWG

Hans Volkhardt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Aktuelle Situation der Universität Koblenz-Landau
 - 2.1. Bericht von Frau Präsidentin Prof. Dr. May-Britt Kallenrode und Frau Vizepräsidentin Prof. Dr. Gabriele Schaumann
 - 2.2. Stellungnahme der Stadt Landau in der Pfalz zur Situation der Universität Koblenz-Landau
Vorlage: 100/264/2018
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution gegen den Kerosinablass über dem Pfälzerwald und der Region Pfalz
Vorlage: 101/441/2018
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen in Landau
Vorlage: 101/442/2018
5. Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen CDU und SPD; Haushalt 2019; Zusätzliche Haushaltsmittel für den Stadteilservice
Vorlage: 101/443/2018
6. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Städtischer Wohnungsbau und die Stadt als Vermieterin
Vorlage: 101/444/2018
7. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften
Vorlage: 101/445/2018
8. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2014
Vorlage: 060/045/2018
9. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2015
Vorlage: 060/049/2018



10. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 060/047/2018
11. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 060/046/2018
12. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 060/048/2018
13. Neubesetzung des Schulträgerausschusses
Vorlage: 100/262/2018
14. Vereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH über den Zuschuss zum Betrieb des Freibades am Priebnitzweg
Vorlage: 200/294/2018
15. Stadtwald; Neustrukturierung der Holzvermarktung im Land Rheinland-Pfalz, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 – Gründung der kommunalen Holzvermarktungsorganisation „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“
Vorlage: 230/341/2018
16. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau-Süd“ (Estienne et Foch) - Verlängerung der Ausfallbürgschaft für die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (DSK)-
Vorlage: 240/089/2018
17. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: 300/146/2018
18. Erweiterung des Hauptfriedhofes, Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes
Vorlage: 320/121/2018
19. Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 400/106/2018
20. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“:
Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“
– Grundsatzentscheidung Konzeptvergabe mit Festpreisen
Vorlage: 610/529/2018
21. Initiative „Landau baut Zukunft“: -Entwicklung des Siedlungsflächenpotenzials im Bereich der Vorbereitenden Untersuchungen im Südwesten der Landauer Kernstadt; -Antrag auf Abweichung von den Zielen des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar, -20. Teiländerung des Flächennutzungsplans 2010, -Aufstellung des Bebauungsplans „G 4, Wollmesheimer Höhe Süd“, - Durchführung eines städtebaulichen und freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs mit Ideenteil
Vorlage: 610/531/2018



22. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „G 3, Zwischen Wollmesheimer Höhe und Schlittweg“ der Stadt Landau in der Pfalz; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/530/2018
23. Weiteres Vorgehen zur Neugestaltung des Weißquartierplatzes in Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/532/2018
24. Leistungen zum Betrieb und zur Instandhaltung der Straßenbeleuchtung der Stadt Landau in der Pfalz für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2022 (Wartungsarbeiten)
Vorlage: 660/178/2018
25. Abrechnung der Erschließungsmaßnahme DH 5 in Dammheim
Vorlage: 680/182/2018
26. Jahresabschluss 2017 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 860/400/2018
27. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner sprach die mangelhafte Beleuchtung von der Festhalle in Richtung Ostpark/Martin-Luther-Straße an. Diese Situation sei unmöglich und desaströs. Hier müsse man dringend für Verbesserung sorgen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er dies überprüfen lasse und ihm entsprechend auch antworten werde.

Ein weiterer Einwohner sprach die Elternbeiträge für kinderreiche Familien in Kindertagesstätten an. Er habe trotz dieser bestehenden Regelung Beiträge entrichten müssen.

Der Vorsitzende sicherte eine Überprüfung zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Aktuelle Situation der Universität Koblenz-Landau



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

Bericht von Frau Präsidentin Prof. Dr. May-Britt Kallenrode und Frau Vizepräsidentin Prof. Dr. Gabriele Schaumann

Der Vorsitzende begrüßte Frau Präsidentin Prof. Dr. May-Britt Kallenrode und Frau Vizepräsidentin Prof. Dr. Gabriele Schaumann. Es entwickle sich allmählich eine allgemeine Strukturdiskussion und zum anderen gehe es darum, wie es aktuell an der Universität Landau aussehe.

Frau Prof. Dr. Kallenrode war sich bewusst, wie sehr sich die Stadt damit beschäftige, was aus dem Universitätsstandort Landau werde.

Frau Prof. Dr. Schaumann erläuterte, dass sich die Universität Koblenz-Landau ein Profil mit den drei Bausteinen Mensch, Bildung, Umwelt gegeben habe. An der gesamten Universität würden etwa 150 Professoren lehren. Das Drittmittleinkommen liege konstant steigend bei etwa 15 Millionen Euro pro Jahr. Es gebe etwa 70 Promotionen im Jahr und es seien am Standort Landau 765 Mitarbeiter beschäftigt. Überproportional steige die Zahl der Studierenden auf mittlerweile 8.500 in Landau. Man habe in Rheinland-Pfalz das umfassendste Studienangebot bei der Lehrerbildung, da man die einzige Universität sei, die für alle Schularten ausbilde. Deutschlandweit führend sei man auch in der empirischen Bildungsforschung. Die ganze Entwicklung sei natürlich auch eine Herausforderung. Zum einen brauche das Land neue Lehrer, zum anderen habe man sehr viele Studierende mit allen sich daraus ergebenden Platzproblemen. Die Lehrerbildung wirke auch konkret in die Stadt Landau hinein mit verschiedenen Zentren. Zum einen die CampusSchule, einem Netzwerk von 20 öffentlichen Schulen in Landau und der Südpfalz und dem Campus Landau mit 2 bis 3 Projekten pro Jahr. Dann gebe es das Zentrum für Bildung und Forschung an außerschulischen Lernorten wie beispielsweise der Zooschule. Ein weiteres Beispiel sei die Kinder-Uni mit bis zu 30 Kursen pro Jahr. Tätig sei man auch im Bereich Sprache, Integration und Inklusion in Kooperation mit Schulen in Landau, Siebeldingen, Edenkoben und Ludwigshafen und auch durch Mitarbeit am Integrationskonzept der Stadt. Im Fachbereich Psychologie habe man am Standort Landau rund 1000 Studierende. Es gebe die Psychotherapeutische Universitätsambulanz und die Psychotherapie-Ambulanz für Kinder und Jugendliche. Der Bereich der Umweltwissenschaften mit rund 670 Studierenden in 6 Studiengängen. Ein Schnittpunkt im Bereich nachhaltige Entwicklung um Umwelt sei die Ökoforschungsanlage in Eußerthal. Seit der Eröffnung 2016 hätten dort bereits zahlreiche Projekte und Veranstaltungen stattgefunden. Eine neue Form der Kooperation zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft sei das Reallabor Queichland. Eine ganze Reihe von kulturwissenschaftlichen Veranstaltungen würden das Engagement der Universität in der Stadt abrunden.

Frau Prof. Dr. Kallenrode betonte, dass es im Moment verstärkt um die Frage der Hochschulstruktur gehe. Dem Standort Landau der Universität gehe es gut, er wirke in die Stadt hinein. Es gebe hier auch eine sehr gute Kooperation mit der Stadt und der Verwaltung, von der beide Seiten profitieren. Im Augenblick gebe es ein Denkmodell, den Standort Koblenz abzutrennen und Landau in eine enge Kooperation mit Kaiserslautern zu bringen. Dadurch könnte sich eine schlagkräftige Universität entwickeln. Eine solche Kooperation zwischen Landau und Kaiserslautern biete jede Menge Chancen. Für den Standort Landau würde sich nichts verändern. Man würde sicher überlegen, wie man Forschungsverbünde schaffen könnte. Dieses Modell wäre sicher gut für Landau.



Belastend sei die momentane Unsicherheit über die Zukunft der Universität, daher sei man für jede Unterstützung dankbar. Es müsse jetzt irgendwann Klarheit geschaffen werden.

Hinsichtlich des Hochschulpaktes würden momentan die Bund-Länder-Verhandlungen laufen. Sie gehe davon aus, dass man Mitte des kommenden Jahres hier näheres wisse.

Der Vorsitzende erklärte, dass der Bericht gezeigt habe, wie vielfältig die Universität in den letzten 25 Jahren in die Stadt hineingewachsen sei. Er danke für die deutlichen und sehr offenen Worte. Für uns sei wichtig, wie es mit dem Universitätsstandort Landau weitergehe. Es gehe darum, den Standort Landau nicht zu schwächen. In Koblenz habe der Stadtrat beschlossen, eine Volluniversität anzustreben. Ihn würde interessieren, inwieweit Germersheim bei den Überlegungen mitgedacht worden sei.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass die Universität von zentraler Bedeutung für die Stadt sei. Man stehe an entscheidenden Weichenstellungen und Fragestellungen. Die Frage sei, ob sich der Standort tatsächlich so radikal verändert habe, dass es der Universität wirklich so gut gehe? Man müsse irgendwann einmal Klarheit haben, wie es mit dem Standort Landau weitergehe. Es gehe hier um fundamentale Weichenstellungen die erfordere, dass das Ministerium in die Pötte komme.

Ratsmitglied Eisold erklärte, dass die Universität einen wichtigen Beitrag für Landau leiste. Durch die Studierenden und die Wissenschaftler bleibe die Stadt jung. Viele Studierende würden auch hierbleiben. Es könne aber nicht Aufgabe der Stadt sein, in interuniversitäre Strukturen einzugreifen. Die Entwicklung der Zusammenarbeit in den letzten Jahren sei beeindruckend, die Studierenden seien angekommen in der Stadt. Insgesamt unterstütze die SPD-Stadtratsfraktion den Beschlussvorschlag.

Ratsmitglied Hartmann erinnerte daran, dass Koblenz sich für eine Volluniversität positioniert habe mit den Fachrichtungen Jura und Medizin. Er denke, man könne auch Universität sein ohne Jura und Medizin. Allerdings sei er nicht so optimistisch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Universität Kaiserslautern. Natürlich könne man über vieles diskutieren, er sei aber gespannt auf Antworten zum Fächerkanon. Nicht nachvollziehen könne er, warum die letzte Sitzung des Unirates abgesagt worden sei. Es hätte genügend Themen gegeben wie beispielsweise die Studierendenwohnheime oder das Mobilitätskonzept. Richtig sei, dass diese Universität tatsächlich strukturell unterfinanziert sei.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass die Universität ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor sei. Er stelle sich die Frage, ob sich der Trend hin zu mehr Studenten nicht tatsächlich fortsetzen werde. Etwas überrasche ihn die Aussage, dass die Lehrerausbildung für Realschulen nicht so wichtig sei. Gerade in Baden-Württemberg würden Realschullehrer gesucht. Ein Problem sei auch der Parkdruck, so dass sich hier die Frage stelle, warum die Universität nicht ein zweites Parkdeck baue.

Ratsmitglied Wagner unterstrich, dass die Grundthematik nicht ganz neu sei. Die Universität habe eine miserable finanzielle Ausstattung. Allerdings helfe der Hochschulpakt der Universität Landau wenig, da es an einer soliden Grundfinanzierung fehle. Im Moment hätten Koblenz und Landau in etwa das gleiche Kräfteverhältnis, Kaiserslautern aber sei mehr als doppelt so groß wie Landau, so dass sich das Kräfteverhältnis massiv verändern würde. Erfreulich seien die steigenden Drittmittel, allerdings mache es der Fächerkanon in Landau schwer, Drittmittel zu bekommen.



Der Vorsitzende betonte, dass eine inhaltliche Vorbereitung einer Sitzung des Universitätsrates aufgrund des Rücktrittes der Universitätsbeauftragten zeitlich nicht möglich gewesen sei.

Frau Prof. Dr. Kallenrode erklärte, dass es in der Tat den Beschluss des Stadtrates Koblenz gebe, dort eine Volluniversität aufzubauen. Der Aufbau einer Fachrichtung Medizin in Koblenz würde allerdings so viel kosten, wie der momentane Gesamtetat für ganz Koblenz vorhanden sei. Man könne sich vieles wünschen, es müsse aber auch realistisch sein. Der Hochschulpakt sei natürlich schon für das starke Wachsen der Universitäten und damit ganz wesentlich für den damit einhergehenden Platzmangel verantwortlich. Veränderungen seien bei der Hochschulfinanzierung jetzt vorgesehen, da der neue Hochschulpakt anders funktionieren solle wie der alte. Dies deshalb, weil das dauerhafte Wachsen der Studierendenzahlen in dem Maße nicht mehr gegeben sei. Ziel sei ein verstetigender Hochschulpakt zum Umbau des Hochschulsystems in Rheinland-Pfalz. Die neu hinzukommenden Jahrgänge an den Universitäten würden zunehmend kleiner. Der Studiengang für das Lehramt Realschule plus sei überall ein Problem, da dies wenig attraktiv für Studierende sei. Das bedeute nicht, dass Realschule plus unwichtig sei. Im Moment aber bilde man für andere Bundesländer aus. Hinsichtlich der Veränderung der Struktur der Universität versuche das Ministerium im Moment, sich einen Überblick zu verschaffen. Dass es länger dauere als angekündigt, liege daran, dass es eine sehr komplexe Frage sei. Letztlich würden die Geschicke der Universität Koblenz/Landau im Moment in Berlin entschieden. Dies sei die Problematik des Hochschulpaktes. Die Frage der Struktur dieser Doppeluniversität Koblenz/Landau stehe ja schon länger im Raum. Dies heiße aber nicht, dass automatisch eine Universität Kaiserslautern/Landau eine bessere Lösung wäre. Es sei nun ein gewisser Drive in diese Diskussion gekommen. Die Frage eines zweiten Parkdecks könne nicht die Universität entscheiden, sondern sei Sache des LBM.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.2. (öffentlich)

Stellungnahme der Stadt Landau in der Pfalz zur Situation der Universität Koblenz-Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 6. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadt Landau appelliert an die Landesregierung, die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft der Universität Koblenz-Landau zeitnah zu vollziehen.

Die Stadt fordert dabei:

- dass die zukünftige Ausrichtung weitere Möglichkeiten für die erfolgreichen Entwicklungen am Universitätsstandort Landau eröffnet,
- dass der Diskussionsprozess zur künftigen Struktur der Universität die städtebauliche Entwicklung Landaus berücksichtigt,
- dass die Landesregierung die Stadt in die Gespräche zur Hochschulentwicklung einbezieht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution gegen den Kerosinablass über dem Pfälzerwald und der Region Pfalz

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22. September 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Das Thema sei nicht neu und auch hinlänglich bekannt. Mit dem Resolutionsentwurf habe man sich angelehnt an Resolutionen anderer Gebietskörperschaften. Es gehe darum, den Ablass des Kerosins zu reduzieren und die Informationspolitik zu verbessern.

Der Vorsitzende begrüßte diesen Antrag und wies darauf hin, dass es sinnvoll wäre innerhalb der Pfalz eine geschlossene Linie zu haben in dieser Frage.

Ratsmitglied Maier wies darauf hin, dass das Land Rheinland-Pfalz schon früh das Thema aufgerufen habe und man für den Koalitionsvertrag auf Bundesebene hier mehr Transparenz festschreiben ließe.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Resolution zustimme. Das Grundproblem sei allerdings der Flugverkehr an sich und die Tatsache, dass Kerosin steuerfrei sei.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass man mit dieser Resolution bei der FWG-Stadtratsfraktion offene Türen einrenne. Der Kerosinablass sei eine unsinnige Vorgehensweise. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte die Resolution ebenfalls. Dieses Anliegen treibe die Bürger um. Man sei durch den Stadtwald direkt betroffen, so dass es sinnvoll sei mit dieser Resolution den Druck zu erhöhen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

eine Resolution gegen den Kerosinablass über dem Pfälzerwald und der Region Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22. Oktober 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Blinn begründete den Antrag. Mit dem Antrag gehe es um die Frage, ob die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung an den Kindertagesstätten und Schulen in Landau eingehalten werden. Man wisse, wie wichtig gesunde Ernährung sei und dass es darauf ankomme schon im frühen Kindesalter damit anzufangen. Es gebe eine erschreckend hohe Zahl an übergewichtigen Kindern in Deutschland. Daher sei es wichtig, präventiv zu arbeiten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Kindertagesstätten überwiegend in freier Trägerschaft seien auf die man keinen Einfluss habe. Die Qualitätsstandards seien bekannt und würden auch eingehalten. Überall werde bewusst und qualitativ gekocht.

Bürgermeister Dr. Ingenthron ergänzte, dass bei den Schulen die Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zwingend einzuhalten seien.

Der Antrag ist in Abstimmung mit dem Antragsteller erledigt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen CDU und SPD; Haushalt 2019; Zusätzliche Haushaltsmittel für den Stadtteilservice

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und SPD vom 23. Oktober 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Doll begründete den Antrag. Es gehe darum, den Stadtteilservice mit mehr Stunden ausstatten zu können. Der Pflegestandard in den Stadtdörfern könne nicht mit den Standards in den benachbarten Ortsgemeinden des Landkreises mithalten. Den Bürgerinnen und Bürgern sei aber eine saubere Stadt wichtig. Man brauche als Ortsvorsteher eine gewisse Flexibilität, um auf Dinge reagieren zu können. Für Verbesserungen brauche man daher zusätzliches Personal, um Spitzen abzudecken. Jeder Ortsteil brauche seinen eigenen Stadtteilarbeiter vor Ort.

Ratsmitglied Maier ergänzte, dass es wichtig sei, in Zukunft flexibler reagieren zu können.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass man ja seit einiger Zeit mit den Ortsvorstehern und auch dem EWL im Gespräch sei, um die Parameter anzupassen an die Gegebenheiten. Man habe aber sowohl eine Finanzknappheit, als auch eine Personalknappheit. Er erkenne aber an, dass es hier Handlungsbedarf gebe. Seine Empfehlung sei, dass die Verwaltung dies im Jahr 2019 neu ausrichte und überdenke.

Ratsmitglied Lichtenthäler war der Meinung, dass dies ein Appellantrag sei. Das Problem bestehe eigentlich schon immer. Unter der Prämisse könne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte für die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag, er sei sinnvoll. Die Mitarbeiter in den Stadtteilen kämen an ihre Grenzen.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass es wichtig sei, dass der Bauhof als eigenständige Einheit überlebensfähig sei. Man sollte im Bauhof eine Stelle mehr schaffen, um Vertretungsfälle auffangen zu können.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und SPD wird als Arbeitsauftrag an die Verwaltung gegeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Städtischer Wohnungsbau und die Stadt als Vermieterin

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 29. Oktober 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man werde den folgenden Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion bei Tagesordnungspunkt 7 hier gleich mitberaten und später getrennt abstimmen.

Ratsmitglied Hartmann begründete die Anträge. Für die Grünen sei es wichtig, Kriterien festzulegen und zu beschließen, da städtischer Wohnungsbau langfristig angelegt sein müsse. Es gebe hinsichtlich der Entwicklung von Quartieren viele positive Beispiele wie beispielsweise in Tübingen und Freiburg. Quartiere, in denen 100 Familien auf einem Hektar leben, in denen nicht jeder mit dem Auto einzeln unterwegs sei, die durchgrünt seien, mit zentralen Plätzen für Kita, Seniorenheim und Einkaufsmöglichkeiten und das damit unterschiedlichsten Menschen mit unterschiedlichsten Möglichkeiten Raum gibt, um dort gut und gerne zu leben. Dies sei im Prinzip eine alte Idee, der man folgen sollte. Dies reduziere Baukosten um 25 % und wirke dem Problem des Flächenverbrauchs entgegen. Nun werde es sicher Baugemeinschaften geben, die das nicht umsetzen wollen oder vermeintlich nicht können. Hierfür brauche man eine Lösung, die das GML sein könne. Die Verwaltung könne hier als Dienstleister einspringen beispielsweise als Verwalter von Mietwohnungen. Auch eine Sozialberatung wäre denkbar.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung nicht aufs Pferd gesetzt werden müsse. Nach zwei Jahrzehnten habe man es endlich geschafft, eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Diese fange jetzt gerade mal an zu arbeiten. Man sollte jetzt mal die ersten Projekte erarbeiten lassen. In den letzten 18 Monaten habe man unheimlich viel erreicht im sozialen Wohnungsbau. Die Dynamik sei an keinem Standort in Rheinland-Pfalz so wie in Landau, das sollte man jetzt auch mal wirken lassen. Man sollte aufpassen, dass man mit solchen Anträgen nicht noch mehr Flexibilität nehme. Die Stadt Landau sei hier auf allerbestem Wege. Daher empfehle die Verwaltung, die beiden Anträge abzulehnen.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass die Grünen hier einen Spagat eingehen. Die Grünen seien gegen ein Baugebiet, wollten dann aber mitbestimmen was gemacht werde. Es sei die auch von den Grünen mitgetragene Landesregierung, die die Zuschüsse für Studentenwohnungen kürze. Ja, man brauche eine Wohnungsentwicklungsstrategie, die aber Landau schon praktisch umsetze. Hier sollte man die Verwaltungskompetenz nutzen. Die beiden Anträge seien ein Konglomerat von Wünschen. Die CDU-Stadtratsfraktion lehne die Anträge ab.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass der Rat nicht meinen sollte, er sei die bessere Verwaltung. Mit dem was hier im Gesamten gefordert werde, gebe es zu viele Vorgaben. Manches widerspreche auch der SPD-Meinung diametral. Die Grundfrage würden die Grünen gar nicht beantworten, nämlich die Frage, wo diese Quartiere den überhaupt entstehen sollen. Die SPD-Stadtratsfraktion lehne die Anträge ab.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass sich die Grünen in diesen Anträgen eine "schöne neue Welt" malen würden. Sicher seien in den Anträgen auch einige interessante Ansätze. Die von den Grünen entworfenen Kriterien seien aber starr, einengend und unflexibel. Er frage sich, warum man von der flexiblen Handhabung



abweichen solle. Man müsse höllisch aufpassen, dass man sich nicht alle Möglichkeiten verbaue, gerade auch im Hinblick auf die Klimaentwicklung. Es gebe einen breiten Mix und Vielfalt, die man auf jeden Fall erhalten sollte. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne die Anträge ab.

Ratsmitglied Wagner betonte, dass sich die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion schwer mit diesen sehr komplexen Anträgen getan habe. Er frage sich allerdings schon, wo denn die vielen Sozialwohnungen in den letzten Jahren entstanden seien. Nichtsdestotrotz seien zu viele detaillierte Regelungen in den Anträgen. Es sei ja schon beeindruckend wieviel in der Stadt geregelt werde. Er plädiere dafür, die beiden Anträge in die Ausschüsse zu verweisen und sie nicht gleich abzulehnen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron unterstrich, dass Baugemeinschaften ein Erfolgsmodell in Landau seien. Es sei wünschenswert, dass sich dies fortsetze. Dabei sei es sinnvoll, die Dinge maßvoll und sinnvoll zu entwickeln. Man sollte sich keine Fesseln anlegen. Mit diesen Anträgen würde man den Menschen zu viel zumuten. Die Anträge würden sich durch das Kleingedruckte auszeichnen und würden den Menschen und den Problemen nicht gerecht.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass die Baugruppen kleiner werden müssten. Die Stadt könne hier durchaus schon vorplanen. Es sei ja durchaus charmant zu sagen, dass man nicht noch mehr sozialen Wohnungsbau wolle. Das von den Grünen vorgelegte Konzept gehe natürlich in eine ganz andere Richtung. 10 % Baugruppen wie es die Stadtspitze anstrebe, sei eben kein großer Wurf. Er bleibe aber dabei, dass es richtig wäre verdichteter zu bauen.

Ratsmitglied Maier empfand es als komisch, dass die Grünen hier ein detailliertes Konzept für eine Quartiersentwicklung vorlegen. Gleichzeitig lehne man aber die einzige Fläche, die man dafür habe, ab.

Ratsmitglied Dr. Migl bat darum, die Anträge nicht niederstimmen, sondern es in die Ausschüsse verweisen. Dies habe auch was mit Respekt zu tun.

Der Stadtrat lehnte mit 5 Ja,- 32 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 29. Oktober 2018 ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 29. Oktober 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 6 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 7 Ja- und 32 Nein-Stimmen

den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 29. Oktober 2018 zur Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2014

Oberbürgermeister Hirsch und Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Bakhtari berichtete als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. Es sei eine sorgfältige Prüfung der vorgelegten Abschlüsse erfolgt. Einzig nennenswerte Beanstandung sei die verspätete Vorlage der Jahresrechnung. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle dem Stadtrat die Zustimmung zur Jahresrechnung und die Entlastung des Stadtvorstandes.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2014 sowie
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2014.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2015

Oberbürgermeister Hirsch und Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- c. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2015 sowie
- d. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2015.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017

Oberbürgermeister Hirsch und Bürgermeister Dr. Ingenthron waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Klemm.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017

Oberbürgermeister Hirsch, Bürgermeister Dr. Ingenthron und Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste Ratsmitglied, Rudi Eichhorn.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) **die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2017 sowie**
- b) **die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017

Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm wieder Herr Oberbürgermeister Hirsch.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Neubesetzung des Schulträgersausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 30. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

Frau Alexandra Blädel, Burgunderstraße 22, 76831 Billigheim-Ingenheim

als Elternvertreterin

in den Schulträgersausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Vereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH über den Zuschuss zum Betrieb des Freibades am Prießnitzweg

Oberbürgermeister Hirsch war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 23. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Es sei dies letztlich eine freiwillige kommunale Aufgabe. Man werde voraussichtlich viele Jahre von der Energie Südwest abhängig sein bei der Frage, ob Gelder von dort fließen.

Ratsmitglied Hartmann teilte mit, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Es wäre aber wichtig, dass Freibad dahingehend unter Druck zu setzen, jedes Jahr effizienter zu arbeiten.

Ratsmitglied Prof. Dr. Kopf betonte, dass man mit dieser Vorlage der Forderung der Aufsichtsbehörde Rechnung trage, diesen Verlustbringer im Haushalt abzubilden.

Herr Messemer erläuterte, dass man in Jahren mit schlechtem Wetter und entsprechend höherem Defizit natürlich eh nachbessern müsse. Da helfe auch ein Inflationsausgleich nichts. Die ADD habe ja bei den freiwilligen Leistungen einen festen Deckel vorgegeben, den man versuche zu halten. Daher sei die jetzt gefundene Regelung sinnvoll und richtig.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass doch alle städtischen Stellen angehalten seien, effizient zu arbeiten.

Ratsmitglied Dr. Migl stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zu. Von einer Zusatzklausel halte sie nichts, man sollte gegebenenfalls individuell nachsteuern.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Zuschussvereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, betreffend das Freibad am Prießnitzweg, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Stadtwald; Neustrukturierung der Holzvermarktung im Land Rheinland-Pfalz, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 – Gründung der kommunalen Holzvermarktungsorganisation „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 16. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. dass die Stadt Landau in der Pfalz zur Sicherstellung der Holzvermarktung ab dem 1. Januar 2019 die nach dem Gesamtkonzept der Lenkungsgruppe, bestehend aus Vertretern des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz sowie dem Waldbesitzerverband für Rheinland-Pfalz, vorgeschlagene neue kommunale Holzvermarktungsorganisation „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“ mit dem Sitz in Maikammer gemeinsam mit den übrigen Städten, Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden in der Holzvermarktungsregion errichtet und sich als Gesellschafter daran beteiligt (Grundsatzbeschluss).
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, alle zur Gründung erforderlichen Schritte gemäß § 92 GemO und die Vorlage der notwendigen Unterlagen an die ADD zu veranlassen; dazu gehört insbesondere die Ausarbeitung der dafür erforderlichen Analyse und des Entwurfs für den Gesellschaftervertrag auf Grundlage der vorliegenden Entwürfe in der bereits gebildeten Arbeitsgruppe und in Abstimmung mit den übrigen Arbeitsgruppen für die anderen vier kommunalen Holzvermarktungsgesellschaften sowie mit dem Gemeinde- und Städtebund.
3. Die einheitliche Stammeinlage i.H.v. 3.000,00 € je Gesellschafter ist im Haushalt 2019 auf dem PK 6260.11192 zu veranschlagen. Die Mittel werden durch den Stadtrat vor Genehmigung des Haushaltes 2019 zur Auszahlung freigegeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau-Süd“ (Estienne et Foch) -
Verlängerung der Ausfallbürgschaft für die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (DSK)-**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 30. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Aufnahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft in Höhe von 3,5 Mio Euro für die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (im Folgenden DSK genannt). Die in diesem Zusammenhang stehende bedarfsorientierte Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung durch die DSK erfolgt zunächst in selbiger Höhe.

Die Verlängerung der Bürgschaft wird bis zum 31.12.2019 befristet.

Parallel hierzu wird die Verwaltung beauftragt, die gemäß § 104 Absatz 2 GemO erforderliche Genehmigung zur Verlängerung der Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) einzuholen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 5. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Erweiterung des Hauptfriedhofes, Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 10. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zug um Zug habe man in den vergangenen Jahren dieses Thema und mögliche Problemfelder abgearbeitet. Er danke allen, die an diesem Konsens mitgearbeitet hätten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

1. Westlich des Hauptfriedhofes wird auf einer bisher als Brachwiese genutzten Fläche mit der Fl.St.Nr. 2560/2 ein Grabfeld errichtet für Verstorbene, die nach muslimischem Ritus beigesetzt werden sollen.
2. Zu dieser Nutzung ist eine Teilfläche von ca. 570 m² des im Eigentum der Bürgerstiftung stehenden Grundstückes zu erwerben.
3. Die Finanzierung erfolgt aus dem Gebührenhaushalt Friedhofs- und Bestattungswesen.
Die zum Erwerb der Friedhofsfläche eingestellten Mittel von 50.000,- € werden im Haushalt 2018 freigegeben. Nach Rechtskraft des Haushalts 2019 werden weitere 50.000,- € für den Bau des Friedhofsteils freigegeben.
4. Die Friedhofssatzung ist den neuen Gegebenheiten anzupassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2018

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 29. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

für das Haushaltsjahr 2018 überplanmäßige Mittel in Höhe von 37.960,00 € auf dem PK 2180.5238 zur Verfügung zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“: Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ – Grundsatzentscheidung Konzeptvergabe mit Festpreisen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Vorlage nehme die Erfahrungen aus den bisherigen Verfahren auf.

Ratsmitglied Löffel erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion unter dem Vorbehalt zustimme, dass dies nur für den Wohnpark Am Ebenberg gelte. Für weitere Vergaben müsse man dann neu gewichten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Die Vermarktung und Vergabe der Baufelder im „Wohnpark Am Ebenberg“ erfolgt zukünftig als Konzeptvergabe mit Festpreisen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die künftigen Ausschreibungen mit rein fachlichen Kriterien – baufeldbezogen – vorzubereiten und durchzuführen. Das Ausschreibungsexposé sowie die von der Jury formulierten Bewertungsvorschläge werden den Gremien weiterhin zum Beschluss vorgelegt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Initiative „Landau baut Zukunft“: -Entwicklung des Siedlungsflächenpotenzials im Bereich der Vorbereitenden Untersuchungen im Südwesten der Landauer Kernstadt; - Antrag auf Abweichung von den Zielen des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar, - 20. Teiländerung des Flächennutzungsplans 2010, -Aufstellung des Bebauungsplans „G 4, Wollmesheimer Höhe Süd“, -Durchführung eines städtebaulichen und freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs mit Ideenteil

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Vorlage zeige, dass man sehr behutsam mit Weinbergsflächen umgehe. Gerade das Thema Nachverdichtung in der Stadt bedarf einer großen Sensibilität. Mit dieser Vorlage steige man in das Verfahren ein, weitere Siedlungsflächen zu generieren. Die inhaltlichen Fragen wolle man in einem Ideen- und in einem Realisierungswettbewerb beleuchten. Insgesamt wolle man die Gesamtsituation in den Blick nehmen.

Ratsmitglied Eichhorn sprach von einem ganzheitlichen Jahrzehntwerk. Die Erweiterung in den Südwesten der Stadt sei keine gänzlich neue Idee. Ursprünglich seien für die vorbereitenden Untersuchungen 100 Hektar ausgewiesen gewesen. Dies sei nun auf 45 Hektar reduziert, also weniger als die Hälfte. In einem ersten Entwicklungsschritt gehe es jetzt um 5 Hektar südlich der Wollmesheimer Straße. Dies sei entwicklungstechnisch unkritisch, da nur 15 % dieser 5 Hektar Weinbergsfläche seien. Auch die Luftschneise werde hiervon nicht berührt. Zudem habe die SGD Süd die Zustimmung zur Abweichung vom Regionalplan und vom alten Flächennutzungsplan bereits in Aussicht gestellt. Weiter zeige sich bei den Grundstückseigentümern eine hohe Verkaufsbereitschaft. Die bauliche Umsetzung in diesem Gebiet sollte sukzessive und behutsam je nach Bedarf erfolgen, auch wenn dies über das Zieljahr 2030 hinausgehen sollte. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass es heute keinen Sinn mache über Zahlen zu reden. Man sollte jetzt erst einmal die Bürgerbeteiligung abwarten. Seine Einladung an die Kritiker sei, heute zuzustimmen und dann gemeinsam über die Kriterien der Bürgerbeteiligung zu reden. Nur Nein zu sagen, sei kein schlüssiger Politikansatz und eine Enttäuschung für die Menschen, die dringend auf Wohnraum angewiesen seien.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass er glaube, dass die Verwaltung glaube das richtige zu tun. Die Fraktion der Grünen wisse, dass sie dieses Gebiet nicht verhindern können. Man habe mittlerweile eine neue Bevölkerungsprognose, die bis 2030 von über 50.000 Menschen ausgehe. Er sei überzeugt, dass mit diesem Lösungsansatz der Verwaltung die Probleme nicht gelöst werden und nicht genügend Wohnraum entstehe. Es gehe eben nicht nur um die 5 Hektar, die man heute beschließe, sondern auch um die weiteren 30 Hektar südlich der Wollmesheimer Straße. Und falls die neue Prognose zur Bevölkerungsentwicklung richtig sei, dann gehe es um die 100 Hektar. Man habe nie bestritten, dass die Herausforderung gewaltig sei. Der Ansatz der Grünen sei zugegeben radikal. Die hier vorgelegte Beschlussvorlage sei aber ein Weiter so und keine neue Politik. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass es „Landau baut Zukunft“ heiße und nur darum gehe es. Fakt sei, dass es heute um 5 Hektar gehe. Die Grünen täten gut daran zu sagen, wo denn die Alternative sei. Nun zeige sich, dass die These der Grünen „Innenstadt vor Außenentwicklung“ durch das Klimaanpassungskonzept Makulatur sei. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.



Ratsmitglied Wagner lehnte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion die Vorlage ab. Für seine Fraktion seien Einfamilienhäuser in den Ortsteilen in Ordnung. In der Innenstadt sei dies der falsche Weg.

Ratsmitglied Lichtenthäler unterstrich, dass es hier um ein Stück Zukunft für Landau gehe. Er habe im Bauausschuss durchaus ein Stück Offenheit für diese 5 Hektar gezeigt. Dies deshalb, weil diese bestimmte Fläche sich hierzu eignen könnte. Es werde aber nicht nur über diese 5 Hektar abgestimmt, sondern letztlich über das gesamte Projekt Landau baut Zukunft. Die Frage sei ja, wieviel Nachfrage man hiermit bedienen könne. Auch zeige das Klimagutachten, wie wichtig es sei, sich dem Thema Luftaustauschbahnen zu widmen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron gab zu bedenken, dass man in den vergangenen Jahren die Hälfte aller Innenentwicklungspotentiale verbraucht habe. Hier gebe es ein natürliches Ende. Daher schnüre man jetzt ein ganzes Bündel von Maßnahmen von konkret bis perspektivisch. Konkret sei jetzt diese Fläche von 5 Hektar. Er freue sich über diese Entwicklung, weil es zeige, dass die Stadt sich öffne.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass es unstrittig sei, dass es einen Bedarf an Wohnraum gebe. Landau habe sich hier frühzeitig auf den Weg gemacht und dieser Weg sei auch für die CDU stellenweise sehr dornig gewesen. Heute entscheide man, damit man in konkrete Umsetzungsschritte komme. Die Verwaltung müsse jetzt dann die Planung machen und dann müsse man die nächsten Schritte hier im Rat diskutieren.

Ratsmitglied Dr. Migl war es wichtig, dass Votum des Ortsbeirates Wollmesheim Ernst zu nehmen. Diese würden das ablehnen und seien ja auch unmittelbar betroffen. Ein zweiter Aspekt sei, dass man von geltendem Recht ausgehen müsse. Der derzeit gültige einheitliche Regionalplan lasse dies auch aus Klimaschutzgründen nicht zu.

Der Vorsitzende entgegnete, dass auch ein Zielabweichungsverfahren geltendes Recht sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja,- 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt bei der Oberen Landesplanungsbehörde (SGD Süd) einen Antrag auf Abweichung von den Zielen des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar 2020 gemäß § 10 Abs. 6 Landesplanungsgesetz (LPIG) Rheinland-Pfalz für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Wollmesheim einzureichen.
2. Für das in der Anlage 2 umgrenzte Gebiet in der Gemarkung Wollmesheim wird die 20. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB beschlossen.
3. Für das in der Anlage 3 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau und der Gemarkung Wollmesheim wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan „G 4, Wollmesheimer Höhe Süd“ aufgestellt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die 20. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 und über die Aufstellung des Bebauungsplanes „G 4, Wollmesheimer Höhe Süd“ ortsüblich bekannt zu machen sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.



5. Die Verwaltung wird beauftragt, einen städtebaulichen Realisierungswettbewerb mit Ideenteil für das in der Anlage 4 umgrenzte Gebiet der Vorbereitenden Untersuchungen gemäß der Richtlinie für Planungswettbewerbe 2013 (RPW 2013) vorzubereiten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „G 3, Zwischen Wollmesheimer Höhe und Schlittweg“ der Stadt Landau in der Pfalz; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja,- und 7 Nein-Stimmen:

1. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet in der Gemarkung Wollmesheim und der Gemarkung Landau wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan „G 3, Zwischen Wollmesheimer Höhe und Schlittweg“ aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „G 3, Zwischen Wollmesheimer Höhe und Schlittweg“ ortsüblich bekannt zu machen sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Weiteres Vorgehen zur Neugestaltung des Weißquartierplatzes in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der ersten vier Preisträgerentwürfe weiterführende Untersuchungen zu Wirtschaftlichkeit und Umweltauswirkungen durchzuführen sowie eine juristische Expertise zu möglichen Vergabeverfahren für die weiteren Planungen einzuholen, um hierauf aufbauend im Herbst 2019 eine Grundsatzentscheidung über die Zukunft des Weißquartierplatzes zu ermöglichen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Leistungen zum Betrieb und zur Instandhaltung der Straßenbeleuchtung der Stadt Landau in der Pfalz für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2022 (Wartungsarbeiten)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Leistungen zum Betrieb und zur Instandhaltung der Straßenbeleuchtung der Stadt Landau in der Pfalz für den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2022 (Wartungsarbeiten) ist der Firma EnergieSüdwest Netz GmbH, Landau in der Pfalz zu den Preisen ihres Angebotes vom 28.09.2018, das mit einer geprüften Summe in Höhe von 717.370,68 EURO einschließlich Mehrwertsteuer abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Abrechnung der Erschließungsmaßnahme DH 5 in Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Erstattungen in Höhe von rund 170.000,00 EURO an die Grundstückseigentümer im Rahmen der Abrechnung der Erschließungsmaßnahme DH 5 in Dammheim zuzustimmen und hierfür noch in 2018 die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Jahresabschluss 2017 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 8. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem nachfolgenden Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zuzustimmen:

Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung

- I. Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2017 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 92.777.411,58 € und den Jahresgewinn mit 898.614,50 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

Abwasserbeseitigung mit	834.030,90 €
Abfallentsorgung mit	264.263,11 €
Bauhof mit	-131.834,48 €
Straßenreinigung mit	-74.372,35 €
Service	6.527,32 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresgewinn der Betriebszweige Abwasserbeseitigung und Service wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Abfallentsorgung wird dem Gewinnvortragskonto zugewiesen. Der Jahresverlust der Betriebszweige Bauhof und Straßenreinigung wird mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf die Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag am 18. November 2018 hin, die in diesem Jahr besonders vom 100. Jahrestag des Endes des 1. Weltkrieges geprägt sei.

Ratsmitglied Follenius-Büssow bat um Auskunft, ob Wohnungen in der Friedrich-Ebert-Straße, die für sozialen Wohnraum vorgesehen sind, von der Deutschen Wohnen verkauft worden seien. Wenn es so sei, würde sie interessieren ob diese Wohnungen der Stadt angeboten worden seien für sozialen Wohnraum.

Der Vorsitzende erklärte, dass es kein Angebot an die Stadt gegeben habe. Er könne aber gerne recherchieren und entsprechend berichten.



Die Niederschrift über die 41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 13.11.2018 umfasst 32 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 285.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter